



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

NoPAG – Kein PAG-Unterricht durch die Polizei

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, keine Polizistinnen und Polizisten im Rahmen einer „Informationsoffensive“ bezüglich der Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) in Schulklassen und an Hochschulen zu schicken.

Begründung:

Durch das mit Mehrheit der CSU novellierte Polizeiaufgabengesetz werden die Bürgerinnen- und Bürgerrechte der Menschen in Bayern beschnitten. Auf den friedlichen und kreativen Protest der NoPAG-Bewegung reagierte Ministerpräsident Dr. Markus Söder mit der Ankündigung Polizistinnen und Polizisten im Rahmen einer „Informationsoffensive“ an Schulen und in Universitäten zu schicken.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, diese Ankündigung nicht in die Tat umzusetzen: Die Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes stößt in der Zivilgesellschaft auf massive Kritik. In der Gesellschaft kontrovers diskutierte Themen müssen auch im Unterricht kontrovers dargestellt werden. Hier legt der „Beutelsbacher Konsens“ die Grundsätze für die politische Bildung fest. Polizistinnen und Polizisten können also nur dann über das Thema PAG in Schulen und an Hochschulen sprechen, wenn gleichzeitig auch Kritiker an diesem Gesetz zu Wort kommen.

Hinzu kommt: Den vielen jungen Kritikerinnen und Kritikern des Gesetzes wird so implizit unterstellt, dass sie nur deshalb gegen das Gesetz demonstrieren, weil sie darüber nicht ausreichend aufgeklärt sind. Anders Denkende werden nicht respektiert und sollen zur Not in den Klassenzimmern umgestimmt werden. Darüber hinaus hat die der Neutralität verpflichtete Bayerische Polizei mit ihren 2,2 Millionen Überstunden weitaus drängendere Aufgaben, als in Schulklassen und an Hochschulen die Politik der Staatsregierung zu erklären.